



Haushalts- und Finanzausschuss

77. Sitzung (öffentlich)

4. März 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:40 Uhr;

12:50 Uhr bis 13:55 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Geschäftsergebnis der WestLB AG im Jahr 2003 und weitere Entwicklung der WestLB AG

1

Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB AG, Herrn Dr. Thomas R. Fischer, und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der WestLB AG, Herrn Dr. Bernd Lühje

- Einleitende Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden Dr. Thomas Fischer (WestLB AG) 1
- Ergänzungen durch den Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Bernd Lühje (WestLB AG) 5
- Ausführungen von Finanzminister Jochen Dieckmann 5

In dem anschließenden Gespräch beantwortet Vorstandsvorsitzender Dr. Thomas Fischer (WestLB AG) Fragen von Abgeordneten aller Fraktionen. 7

2 Gesetz zur Umstrukturierung der Landesbank Nordrhein-Westfalen zur Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze 14

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4578

Vorlagen 13/2453, 13/2527, 13/2587, 13/2647, 13/2652, 13/2703 und
13/2704

Zuschriften 13/3605, 13/3722, 13/3723, 13/3725, 13/2727, 13/2728,
13/2729, 13/3740, 13/3743, 13/3744 und 13/3778

Ausschussprotokoll 13/1143

Der Ausschuss stimmt ohne erneute Aussprache über die mit Vorlage 13/2704 eingebrachten sieben **Änderungsanträge** der Fraktionen der SPD und der Grünen, denen die Fraktionen der CDU und der FDP als Antragstellerinnen beitreten, nach Vornahme einer Änderung (s. Seite 15) gemeinsam ab. Sie werden einstimmig **angenommen** (s. auch *Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache 13/5121*).

In der **Schlussabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** der Landesregierung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen einstimmig **angenommen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

3 Flexible Stellenbudgets zugunsten von Schulen mit besonderem Förderbedarf 15
- Neue Spielräume für individuelle Förderung schaffen -

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4701

Vorlage 13/2577

Nach kurzer abschließender Beratung **empfiehlt** der HFA dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den **Antrag abzulehnen**.

- 4 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG;
hier: 32. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der
Agrarstruktur und des Küstenschutzes"** 16

Vorlage 13/2500

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, die Vorlage **zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Klaus Strehl (SPD)

- 5 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen – Landes-Hafenentsorgungsgesetz** 17

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4579

Ohne Aussprache **empfiehlt** der HFA dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen, den **Gesetzentwurf anzunehmen**.

- 6 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen - VKZVKG** 17

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4611

Zuschrift 13/3614

Nach kurzer Beratung **empfiehlt** der HFA dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen, den **Gesetzentwurf anzunehmen**.

7 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 18

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4559

Vorlage 13/2679

Der Ausschuss diskutiert über die beantragte Verfassungsänderung.

Von der Fraktion der Grünen wird beantragt, den Gesetzentwurf ohne Votum weiterzugeben, während die FDP-Fraktion beantragt, über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Entsprechend dem Antrag der Grünen **beschließt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, **kein Votum abzugeben**.

8 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und eines Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 21

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4424

Vorlagen 13/2660 und 13/2676

Zuschriften 13/3696, 13/3707, 13/3708 und 13/3724

Ausschussprotokoll 13/1138

Nach kurzer Aussprache **beschließt** der Ausschuss einstimmig, auch diesen Gesetzentwurf **ohne Votum weiterzugeben**.

9 Vorläufiger Haushaltsabschluss 2003 21

Vorlage 13/2670

Im Rahmen einer kurzen Erörterung nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

10 Verschiedenes

23

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich die Durchführung einer **Kommissionsreise** nach Wien und Budapest vom 1. bis 4. Juni 2004.

Anschließend richtet Manfred Palmes (CDU) zwei Fragen an das Finanzministerium, die im Detail schriftlich beantwortet werden sollen.

5 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen – Landes-Hafenentsorgungsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4579

Bei diesem Gesetzentwurf ist der HFA nach Angaben des **Vorsitzenden Volkmar Klein** einer der zahlreichen mitberatenden Ausschüsse und sollte heute über ein Votum an den federführenden Ausschuss entscheiden.

Keine Diskussion. - Der **Ausschuss** empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

6 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen - VKZVKG

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4611
Zuschrift 13/3614

Vorsitzender Volkmar Klein bemerkt, dieser Gesetzentwurf sei an den HFA zur Mitberatung überwiesen worden. Er sollte heute über sein Votum an den federführenden Ausschuss entscheiden.

Manfred Palmen (CDU) hält es für richtig, zwei Vorschläge, die der Städtetag in Zuschrift 13/3614 unterbreitet habe, zumindest in die gedankliche Arbeit der nordrhein-westfälischen Landesregierung und auch der übrigen deutschen Landesregierungen aufzunehmen.

Bezüglich der Altersversorgung im Beamtenbereich sei angeregt worden, auch den Beamten die Möglichkeit einer zusätzlichen freiwilligen Altersversorgung zu geben. Der zweite Vorschlag sei, den Kassen die Kooperation mit Unternehmen zu erlauben, die Produkte der privaten Altersversorgung anböten, um auf diese Weise ebenfalls eine Altersversorgung aus einer Hand zu ermöglichen.

Als drittes Problem wolle er noch etwas ansprechen, was seiner Fraktion - sicherlich auch der SPD-Fraktion - vorgetragen worden sei: ob man nicht für hauptamtliche Bürgermeister und Beigeordnete im Bereich der Zusatzversorgungskassen die Möglichkeit schaffen könne, sich privat in Teilen zu versichern.

Der Vertreter des Innenministeriums habe in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik zugesagt, diese drei Punkte in die bundesweit geführte Diskussion